

Markt Eggolsheim

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES MARKTGEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 21.02.2017
Beginn:	18:00 Uhr
Ende	20:35 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Schwarzmann, Claus

Mitglieder des Marktgemeinderates

Arneth, Josef

Dittmann, Monika

Eismann, Georg

Fischer, Rudolf

Geisler, Ralf

Göller, Thea

Heckmann, Irmgard

Honeck, Günter

Koy, Arnulf

Nagengast, Wolfgang

Pfister, Stefan

Pfister, Ute

Rziha, Uwe

Weis, Erich

Ortssprecher

Fronhöfer, Agnes

Heinlein, Carina

Zehner, Zacharias

Schriftführer

Loch, Stefan

Presse

Och, Marquardt

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Marktgemeinderates

Amon, Helmut

entschuldigt

Dittmann, Hans-Jürgen Dr.

entschuldigt

Dormann, Christian

entschuldigt

Eismann, Peter

entschuldigt

Rickert, Stefan

entschuldigt

Stang, Reinhard Dr.

entschuldigt

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 24.01.2017 (ö.T.)
2. DB Ausbaustrecke Nürnberg-Erfurt;
Vorstellung der Studie zur zusätzlichen Verbesserung des Lärmschutzes im Bereich Neuses und Bahnhofsiedlung Eggolsheim durch die IBAS Ingenieurgesellschaft mbH
3. Information über die rechtsaufsichtliche Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
4. Feuerwehrwesen - Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Eggolsheim auf Anschaffung eines LF 10 (Ersatzbeschaffung für LF 8)
5. ILE Regnitz-Aisch Information über den aktuellen Sachstand
6. Städtebauförderung
 - 6.1 Erstellung eines ISEK - Information über den aktuellen Sachstand
 - 6.2 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Sachstand der Planung und Kostenberechnung, weitere Vorgehensweise
7. Behandlung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts-, und Forstausschusses vom 14.02.2017 (ö.T.)
 - 7.1 Bauvoranfrage Spielberger Chris, Pettstadt
Bauvorhaben: Neubau einer Werkhalle mit Aufenthaltsräumen
Bauort: Fl.Nr. 3892, Gemarkung Eggolsheim (Außenbereich)
 - 7.2 Bauantrag Markt Eggolsheim
Bauvorhaben: Dorftreff "Faulenzer" Sanierung und Erweiterung der "Alten Schule"
Bauort: Fl.Nr. 154/3 und 154/8, Gemarkung Eggolsheim (Hauptstraße 26)
 - 7.3 Erlass einer Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel Nord-West; Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, öffentliche Auslegung
8. Änderung des Regionalplans Oberfranken-West;
Fortschreibung des Ziels B II 3.1.3 Nachfolgefunktionen
9. Abschluss einer Vereinbarung mit der Autobahndirektion Nordbayern
im Zusammenhang mit dem Neubau des Radweges entlang der Bahnhofstraße
10. Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landkreis Forchheim
hinsichtlich des Neubaus eines Radweges entlang der Bahnhofstraße mit Querungshilfe im Bereich der Kreisstraße FO 4
11. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Weilersbach
Scoping und frühzeitige Beteiligung zur Aufstellung des Bebauungsplanes " Im oberen Eylein"
12. Geplantes Naturschutzgebiet "Auenlandschaft Büg bei Eggolsheim"
13. Standesamt Eggolsheim;
Bestellung eines weiteren Standesbeamten und stv. Leiter des Standesamtes

- 14. Wünsche und Anfragen
- 14.1 Flussparadies Franken - Beteiligung am Projekt "Internationale Kunstmeile am Main-Donau-Kanal"
- 14.2 Vertrag des Marktes Eggolsheim zur Plakatierung im Gemeindegebiet

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Marktgemeinderates fest.

ÖFFENTLICHER TEIL

Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes

Beschluss:

Zusätzlich wurde folgender Tagesordnungspunkt aufgenommen:

- 14.1 Flussparadies Franken - Beteiligung am Projekt "Internationale Kunstmeile am Main-Donau-Kanal"

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15 Persönlich beteiligt 0

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Marktgemeinderates vom 24.01.2017 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates wurde allen Mitgliedern des Marktgemeinderates zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15 Persönlich beteiligt 0

2. DB Ausbaustrecke Nürnberg-Erfurt; Vorstellung der Studie zur zusätzlichen Verbesserung des Lärmschutzes im Bereich Neuses und Bahnhofsiedlung Eggolsheim durch die IBAS Ingenieurgesellschaft mbH

Der Marktgemeinderat Eggolsheim hat in seiner Sitzung vom 28.06.2016 beschlossen, der IBAS Ingenieurgesellschaft mbH, Bayreuth den Auftrag zur Überprüfung der von zahlreichen Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagenen 6 Alternativen zur Verbesserung der Schallsituation im Bereich der Bahntrasse zu erteilen. Die entsprechende Schallschutzstudie wurde dem Markt Eggolsheim zum Jahresende 2016 vorgelegt und wird in der Sitzung des Marktgemeinderates von dem Bearbeiter, Herrn Stefan Hanrieder erläutert. Es ist vorgesehen, die Studie zunächst nur vorzustellen und mit dem Experten zu diskutieren. Eine konkrete Beschlussfassung sollte nach entsprechenden Beratungen innerhalb der Fraktionen in einer der nächsten Sitzungen des Marktgemeinderates erfolgen.

Zur Kenntnis genommen

3. Information über die rechtsaufsichtliche Genehmigung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Mit Schreiben vom 07.02.2017 wurden der Haushalt 2017 und die Haushaltssatzung 2017 durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt Forchheim) genehmigt.

Die Genehmigung wird dem Marktgemeinderat zur Kenntnis vorgelegt:

Landratsamt Forchheim, 91299 Forchheim

Markt Eggolsheim
91330 Eggolsheim



Auskunft erteilt: Herr Fritz Eger
Dienststelle: 91301 Forchheim, Löschwöhrdstr. 5
Zimmer: 016, Haus E, Erdgeschoss
Telefon: 09191 86-2102
Telefax: +49 9191 86882102
E-Mail: fritz.eger@lra-fo.de

Unser Zeichen: 21 - 9410
Datum: 07.02.2017

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Anlage

1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan

Zu den folgenden Teilen der Haushaltssatzung des Marktes Eggolsheim für das Haushaltsjahr 2017 wird die

rechtsaufsichtliche Genehmigung unter Auflage (siehe Nr. 2)

erteilt.

1. Für den Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 1.803.090 € (Art. 71 Abs. 2 GO). Die Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das nächste Jahr nicht rechtzeitig amtlich bekannt gemacht wird, bis zum Erlass dieser Haushaltssatzung (Art. 71 Abs. 3 GO).
Der Markt Eggolsheim darf zur Sicherung des Kredites keine Sicherheiten bestellen (Art. 71 Abs. 6 GO).

Die Ermächtigung zur Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kassenkredite in Höhe von 1.000.000 € gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung (Art. 73 Abs. 1 GO).

Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Ausgabemittel des Vermögenshaushalts nur in Anspruch genommen werden dürfen, soweit Deckungsmittel rechtzeitig bereitgestellt werden können. Dabei darf die Finanzierung anderer, bereits begonnener Maßnahmen nicht beeinträchtigt werden (§ 27 KommHV).

Die Haushaltswirtschaft ist so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben gesichert ist; dabei sind die Grundsätze der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit zu beachten (Art. 61 GO).



Sprechzeiten
Mo, Do 08:00 – 17:00 Uhr
Di, Mi, Fr 08:00 – 12:00 Uhr
Kfz-Zulassung zusätzlich
Di, Mi 8:00 – 15:30 Uhr

☎ 09191 860
☎ 09191 861308
✉ poststelle@lra-fo.de
🌐 www.lra-fo.de

Bankverbindungen Konto
Sparkasse Forchheim 3343
Postbank Nürnberg 2587856
Volksbank Forchheim 213
Ver. Raiffeisenbanken 1819500

BLZ
763 510 40
760 100 85
763 910 00
770 694 61

BIC
BYLADEM1FOR
PBNKDEFF760
GENODEF1FOH
GENODEF1GBF

IBAN
DE1776351040000003343
DE77760100850025587856
DE9476391000000000213
DE98770694610001819500

Über- und außerplanmäßige Ausgaben (vgl. § 87 Nr. 4 und 30 KommHV) sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Sind sie erheblich, so sind sie vom Gemeinderat zu beschließen (Art. 66 Abs. 1 GO).

2. Feststellung:

Die Kreditaufnahme darf nur mit einer Tilgungsrate nicht unter 7,5 % und ohne Tilgungsaufschub erfolgen.

Die Gruppierungsübersicht sowie der Haushaltsquerschnitt sind künftig dem Haushaltsplan beizufügen. Auf § 4 Nr. 2 u. 3 KommHV wird verwiesen.

Die ab 2018 geplanten Darlehensaufnahmen können wohl im vorgesehenen Umfang nicht genehmigt werden.

Der Gemeinderat ist über diese Feststellungen zu informieren. Ein entsprechender Beschlussbuchauszug hierüber wäre dem Landratsamt vorzulegen.

3. Die Haushaltssatzung ist nunmehr amtlich bekannt zu machen (Art. 65 Abs. 3, Art. 26 Abs. 2 GO). Gleichzeitig ist der Haushaltsplan eine Woche lang öffentlich aufzulegen; darauf ist in der amtlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung hinzuweisen (Art. 65 Abs. 3 GO). Im Übrigen ist die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für die Dauer ihrer Gültigkeit in der Gemeindeverwaltung zur Einsicht bereitzuhalten (§ 4 Bekanntmachungsverordnung - BekV -).

4. Teilen Sie mit, wann und in welcher Weise die Haushaltssatzung bekannt gemacht wurde.



Dier
Regierungsdirektor

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Das Landratsamt Forchheim hat als Rechtsaufsichtsbehörde gem. Art. 71 Abs. 2 und Art. 67 Abs. 4 der Gemeindeordnung die erforderliche Genehmigung für die Haushaltssatzung des Marktes Eggolsheim mit Schreiben vom 07.02.2017, Az. : 2/21-9410, erteilt.

Der Haushaltsplan liegt gemäß Art. 65 Abs. 3 der Gemeindeordnung vom _____ bis _____ in der _____ während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich auf.

Nachstehend wird die Haushaltssatzung hiermit amtlich bekannt gemacht:

(hier: Text der Haushaltssatzung)

Die Verwaltung verweist auf die unter Punkt 2 gelisteten Feststellungen, insbesondere auf die Information zu den geplanten Darlehensaufnahmen 2018.

Die Haushaltssatzung wird in der nächstfolgenden Gemeindezeitung (04/2017) öffentlich bekannt gemacht. Zusätzlich wird diese im Amtskasten öffentlich ausgehängt.

Möglichkeit zur Einsicht besteht im Zeitraum vom 27.02.2017 bis 06.03.2017.

Zur Kenntnis genommen

4. Feuerwehrwesen - Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Eggolsheim auf Anschaffung eines LF 10 (Ersatzbeschaffung für LF 8)

Mit Schreiben vom 22.09.2016 beantragt die Freiwillige Feuerwehr Eggolsheim die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs 10 (LF 10) als Ersatz für das mittlerweile fast 35 Jahre alte Löschgruppenfahrzeug 8 (LF 8).

Das Antragsschreiben wird dem Marktgemeinderat zur Kenntnis vorgelegt:



Freiwillige Feuerwehr Markt Eggolsheim

Der Kommandant

Martin Arneth - Pestalozzistraße 8 - 91330 Eggolsheim - 09545/7107



Eggolsheim, den 22.09.2016

Gemeindeverwaltung/Gemeinderat
Markt Eggolsheim

Hauptstr. 27
91330 Eggolsheim

Ersatzbeschaffung für das 34 Jahre alte Löschgruppenfahrzeug LF 8, Bipl. II
Antrag auf Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF 10

Sehr geehrte Damen und Herren,

damit wir den gegenwärtigen und zukünftigen Einsatzaufgaben von der Wohnbebauung, der wachsenden Verkehrsinfrastruktur (Straßenausbau, ICE Bahntrasse), Gewerbe- und Industriegebiete innerhalb unserer Großgemeinde und darüber hinaus mit zeitgemäßen, modernen Fahrzeugen und Geräten bewältigen können, beantragen die Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr des Marktes Eggolsheim die Ersatzbeschaffung eines neuen Löschgruppenfahrzeuges LF 10 als für das im November 1982 in Dienst gestellte Löschgruppenfahrzeug LF 8, Bipl. II.

Gerade weil die Gewerbe- und Industrieansiedlungen in der Büg und Neuses (neues Lidl Zentrallager, Vollnutzung des Lindnergebäudes) stetig wachsen und sich weiter expansiv weiterentwickeln werden, ist eine Erneuerung und Optimierung des Einsatzfahrzeuges erforderlich.

Die Feuerwehr Eggolsheim absolviert mit ihren Fahrzeugen jährlich ca. 35 bis 40 Einsätze. Von der Ölspur, den Verkehrsabsicherungen bei Veranstaltungen und Unfällen bis zu den schweren Verkehrsunfällen, vom Hochwasserschutz über den Gefahrguteinsatz bis zum Großbrand reicht das Aufgabenspektrum innerhalb unserer Großgemeinde.

Darüber hinaus sind wir bei unseren Nachbarn, ob in der Gemeinde Hallerndorf, in den Städten Forchheim und Ebermannstadt und sogar im Landkreis Bamberg bei größeren Objekten wie z.B. Krankenhäusern, Diskotheken, Industrie- und Gewerbebetrieben auf den entsprechenden Alarmplänen eingeplant.

Die Grobkosten für das komplette Fahrzeug belaufen sich auf ca. 280.000,-€, wobei 73.500,- € an Zuschuss von der Regierung zu erwarten sind. Wenn man die Restsumme auf zwei Haushaltsjahre verteilt, ließe sich das Projekt sicherlich zeitnah realisieren. Gerne unterstützen wir die Verwaltung wieder bei der Erstellung eines Leistungsverzeichnisses und den entsprechenden Ausschreibungsunterlagen.

Damit der Schutz der Bürger in unserer hochtechnisierten Zeit mit dem Stand der Technik entsprechenden, modernen Mitteln sichergestellt werden kann, bitten wir den Gemeinderat für die Weiterentwicklung der Feuerwehr Eggolsheim, als Einrichtung der Gemeinde, um eine positive Entscheidung. Nicht zu vergessen ist der Aspekt der Mitgliedermotivation in einer Zeit mit wachsenden Aufgaben und immer weniger werdender, freiwillig und ehrenamtlich dienstleistender Feuerwehrleute.

Mit freundlichen Grüßen



Gemäß Art. 1 BayFwG hat die Gemeinde als Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis dafür zu sorgen, dass drohende Brandgefahren beseitigt und Brände wirksam bekämpft werden (abwehrender Brandschutz) sowie ausreichende technische Hilfe bei sonstigen Unglücksfällen oder Notständen im öffentlichen Interesse geleistet wird (technischer Hilfedienst).

Zur Erfüllung dieser Aufgaben haben die Gemeinden in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gemeindliche Feuerwehren aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten.

Eine Ersatzbeschaffung für das vor knapp 35 Jahren in Dienst gestellte LF 8 in Form eines LF 10 ist in jedem Fall verhältnismäßig. Aufgrund des hohen Alters kann eine konstante Einsatzfähigkeit nicht gewährleistet werden. Hinzuzufügen sind die im Antrag bereits begründeten Argumente.

Die Anschaffung eines LF 10 wird vom Freistaat Bayern mit einem Basisfestbetrag i.H.v. 70.000,00 Euro gefördert. Für Kommunen, die nach den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms in der jeweils geltenden Fassung zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) gehören, gelten die besonderen Festbeträge für den RmbH. Der Landkreis Forchheim ist mit Ministerratsbeschluss vom 05.08.2014 in den Raum mit besonderem Handlungsbedarf aufgenommen worden. Somit steht der Beschaffung ein erhöhter Festbetrag i.H.v. 73.500,00 Euro entgegen.

Die Freiwillige Feuerwehr Eggolsheim hat bereits signalisiert eine Projektgruppe für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses einzuberufen um die Verwaltung hierbei zu entlasten bzw. zu unterstützen.

Die Haushaltsmittel hierfür sind mit Beschluss vom 24.01.2017 im Finanzplan vorgemerkt:

HH-Stelle	Betrag	Grund
1.1312.9350	280.000,00 Euro	Ersatzbeschaffung LF 10
1.1312.3610	73.500,00 Euro	Investitionszuweisung

Beschluss:

Der Marktgemeinderat beschließt die Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeugs 10 der Freiwilligen Feuerwehr Eggolsheim im Jahr 2018. Der Zuwendungsantrag bei der Regierung von Oberfranken soll zeitnah gestellt werden. Der Verkauf des auszumusternden LF 8 erfolgt zugunsten des Marktes Eggolsheim.

Die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen (Leistungsverzeichnis) zum LF 10 soll in Kooperation mit der Projektgruppe der Freiwilligen Feuerwehr Eggolsheim durchgeführt werden.

Die Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung für das Jahr 2018 zu berücksichtigen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Anwesend 15 Persönlich beteiligt 0

5. ILE Regnitz-Aisch Information über den aktuellen Sachstand

Mit Aufbruchveranstaltung vom 23.11.2016 wurde das von der Arbeitsgemeinschaft Büro für Städtebau und Bauleitplanung/Büro PLANWERK erstellte Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept in seiner Endfassung übergeben. Neben der Vorstellung der Ergebnisse haben die beteiligten Bürgermeister auch einen Ausblick über die weitere Vorgehensweise und über einige erste gemeinsame Projekte gegeben. Als Leitlinien wurden "Zielstrebiges Kooperieren", "Gut Leben", "Attraktives Wohnen" und "Erfolgreiches Wirtschaften in der Allianz" formuliert.

Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen die Analyse und der Ausbau des Kernwegenetzes. Ein zu erstellendes Konzept wurde bereits an das Büro Team 4 aus Nürnberg vergeben.

Als ersten Schritt haben alle beteiligten Kommunen beschlossen, dass zur Umsetzung der Ziele und Maßnahmen des ILEKs ein Allianzmanager eingestellt werden soll – eine entsprechende Ausschreibung ist zeitnah erfolgt. Die Vorstellungsgespräche sollen noch im März stattfinden, sodass der oder die Allianzmanager/in noch im ersten Halbjahr 2017 seine/ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Des Weiteren wurde das Thema Vereinsgründung zum Zwecke der weiteren Zusammenarbeit diskutiert. Dies gestaltet sich aus rechtlichen Gründen schwierig (min. sieben Mitglieder sind zur Gründung notwendig). Die Zusammenarbeit wird deshalb voraussichtlich wie bisher auf Basis einer Arbeitsgemeinschaft erfolgen. Die weiteren Schritte werden im Zuge der nächsten Lenkungsgruppensitzungen besprochen.

In diesem Zusammenhang einigte man sich darauf, dass der Sitz der ILE sich zukünftig im Bürgerhaus Altendorf befinden soll. Die Kosten (Miete, Büroeinrichtung etc.) werden von allen Mitgliedskommunen zu gleichen Teilen getragen.

Zum Abschluss des bisherigen Prozesses und als Start der gemeinsamen Zusammenarbeit findet in der Schule für Dorf- und Landentwicklung Klosterlangheim am 10.03. und 11.03. ein Seminar statt. Ziel der Schulung ist es, auf Basis des ILEK einen Aktionsplan als Grundlage für die Arbeit der nächsten zwei Jahre zu schaffen. Eingeladen sind die Teilnehmer des Auftaktseminars aus dem Jahr 2015.

Zur Kenntnis genommen

6. Städtebauförderung

6.1 Erstellung eines ISEK - Information über den aktuellen Sachstand

Seitens des Büros Heckelsmüller wurde ein Maßnahmenplan erarbeitet. Dieser sieht die aus dem ISEK-Prozess erarbeiteten Handlungsfelder mit den entsprechenden Einzelmaßnahmen vor. Des Weiteren wurde bereits eine Gewichtung und zeitliche Einordnung dieser Einzelmaßnahmen vorgenommen.

Der jetzige Stand wird noch mit der Gemeindeverwaltung und der Lenkungsgruppe abgestimmt und wird anschließend dem Marktgemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

Der Maßnahmenplan umfasst die folgenden Handlungsfelder und Projektvorschläge:

- Gebäude, Wohnumfeld und Siedlungsstruktur
- Öffentlicher Raum und Verkehr
- Soziales, Nachbarschaft und Zusammenleben
- Kultur, Freizeit, Image
- Lokale Ökonomie, Ökologie und Energie

Das entsprechende Dokument mit dem momentanen Arbeitsstand wird dem Marktgemeinderat digital über das Ratsinformationssystem und in ausgedruckter Form zur Verfügung gestellt.

Der Arbeitsstand der Verkehrsanalyse stellt sich wie folgt dar:

Modul 1

- Auswertung der Verkehrszählung
- Ermittlung DTV
- Nachweis der Knotenpunkte nach HBS
- Ermittlung der Parkplatznutzung
- Ortsteil Neuses, Verkehrsentwicklung Fahrradfahrer aus Untersuchung Geovista
- Aufwertung S - Bahnhof
- Belebung Lindner Areal
- S - Bahn Nürnberg - Bamberg
- Linder Areal, Fußgänger
- Bahnübergang wird geschlossen
- Prognoseberechnung Kernort mit 25 Häusern und je 3,5 Bewohnern

Modul 2

- Querschnittsleistung ermitteln
- Fußweg Fo 11
- Zulässigkeit der Nutzung
- Schulweg event. Gespräch mit der Gemeinde
- Schulwegsicherheit - Hartmannstraße verschieben
- Senkrechstellplätze Abwägung Fußgänger
- Kreisverkehrsplatz Überprüfung

Modul 3

- Schulwegsicherheit
- P x 14 event entfernen

Modul 4

- Torsituation Hartmannstraße
- Überprüfung Straßenniveau

Modul 5

- Zufahrt verschieben
- Jugendtreff
- Eggerbach
- Fußgängerquerung Barrierefreiheit
- Kreisstraße, Gespräche mit dem Landkreis führen

Modul 6

- Bürgerbus, Shuttle
- E - Mobilität autonomes Fahren

(grün=Bearbeitung abgeschlossen; gelb=in Bearbeitung; rot=noch nicht bearbeitet)

Im weiteren Verlauf gehen wir davon aus, dass nach einer erfolgreichen Abstimmung in den Gremien und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange das ISEK noch im ersten Halbjahr 2017 verabschiedet wird.

Zur Kenntnis genommen

6.2 Sanierung und Erweiterung Dorftreff Faulenzer - Sachstand der Planung und Kostenberechnung, weitere Vorgehensweise

Seitens des Büros Lackner & Roth wurde in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und dem Faulenzer-Team die Entwurfs- und Eingabeplanung zur Sanierung und Erweiterung des Faulenzers vorangebracht. In diesem Zuge fanden genauere Untersuchungen der Gebäudesubstanz und eine Konkretisierung der geplanten Nutzung statt. Des Weiteren wurden die technische Ausstattung sowie die Gestaltung des Umfeldes näher definiert.

Auf Basis der Kostenschätzung vom 06.09.2016 wurde die Maßnahme fortgeschrieben und eine Kostenberechnung erstellt. Diese enthält in der Grundstruktur folgende Kosten:

Kostengruppe	netto	brutto
100, Grundstück	0,00 €	0,00 €
200, Herrichten und Erschließen	0,00 €	0,00 €
300, Bauwerk-Baukonstruktionen	464.496,00 €	552.750,24 €
400, Bauwerk-Technische Anlagen	195.075,00 €	232.139,25 €
500, Außenanlagen	193.280,00 €	230.003,20 €
600, Ausstattung und Kunstwerke	30.000,00 €	35.700,00 €
700, Baunebenkosten	190.400,00 €	226.576,00 €
Gesamtkosten	<u>1.073.251,00 €</u>	<u>1.277.169,00 €</u>

Auf Grundlage der näheren Untersuchungen in der Gebäudesubstanz und sinnvoller Verbesserungen in der technischen Ausstattung sind Ergänzungen vorgenommen und als Eventualleistungen in die Kostenberechnung aufgenommen worden. Im Einzelnen sind dies:

Kostengruppe 300:	netto:	brutto:
extra Schallschutzverglasung	9.200,00 €	10.948,00 €
Schließanlage elektronisch (Simons Voss)	4.900,00 €	5.831,00 €
Gewebeeinbettung der Außenwandbekleidung	10.500,00 €	12.495,00 €
Akustikoberfläche mobile Trennwand EG	1.800,00 €	2.142,00 €
Dacheindeckung Altbau erneuern	31.800,00 €	37.842,00 €
Schaukasten/Display	1.500,00 €	1.785,00 €
	<u>59.700,00 €</u>	<u>71.043,00 €</u>

Kostengruppe 400:	netto:	brutto:
KNX-Gebäudeleittechnik	12.750,00 €	15.172,50 €
Veranstaltungstechnik (pauschal)	20.000,00 €	23.800,00 €
Dimmbarkeit der LED-Beleuchtung	7.500,00 €	8.925,00 €
Blitzschutz- und Erdungsanlagen	4.450,00 €	5.295,50 €
Windwächter, Steuerung	3.000,00 €	3.570,00 €
Telefonverkabelung, SAT-Anlage		
Datenschrank mit Verkabelung	9.438,00 €	11.231,22 €
	<u>57.138,00 €</u>	<u>67.994,22 €</u>

Kostengruppe 700:	netto:	brutto:
Die Mehrkosten der Kostenberechnung verursachen eine Erhöhung der Planungskosten (HOAI)	<u>27.865,00 €</u>	<u>33.159,35 €</u>

Zusammenfassend ergeben sich bei Realisierung aller aufgeführten Mehrkosten folgende Gesamtkosten:

Kostengruppe	netto	brutto
100, Grundstück	0,00 €	0,00 €
200, Herrichten und Erschließen	0,00 €	0,00 €
300, Bauwerk-Baukonstruktionen	524.196,00 €	647.593,24 €
400, Bauwerk-Technische Anlagen	252.213,00 €	276.333,47 €
500, Außenanlagen	193.280,00 €	230.003,20 €
600, Ausstattung und Kunstwerke	30.000,00 €	35.700,00 €
700, Baunebenkosten	218.265,00 €	259.735,35 €
Gesamtkosten	<u>1.192.954,00 €</u>	<u>1.449.365,26 €</u>

Die Mehrkosten beziffern sich in Summe auf 172.196,26 € brutto. Werden diese Mehrkosten auch seitens der Regierung von Oberfranken getragen und gefördert, bliebe ein Eigenanteil von ca. 87.000,00 €. Dieser Betrag beinhaltet auch die nicht förderfähigen Kosten.

Die Erfahrungen aus den bisherigen Bauprojekten (Eggerbach-Halle, Gemeindezentrum) haben gezeigt, dass die dort in der jeweiligen Planungs- und Bauphase vorgenommenen Einsparungen später mit einem vergleichsweise hohen Kostenaufwand nachgerüstet oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand hergestellt werden können.

Vor allem in den Bereichen Gebäudetechnik (Netzwerkausstattung, Steuerung, Leitungen, Schließanlage, etc) empfiehlt sich eine Realisierung der vorgeschlagenen Ergänzungen. Die Dacheindeckung ist zwar noch gut, müsste allerdings in den nächsten 5-10 Jahren erneuert werden. Aus Sicht der Gemeindeverwaltung und auch nach Empfehlung des Planungsbüros sollte eine neue Dacheindeckung dennoch beauftragt werden. Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass weitere Mehrkosten entstehen.

Zur Information:

Das Büro IBAS wurde mit der Erstellung eines Schallschutzgutachtens beauftragt. Dessen Ergebnisse liegen voraussichtlich Ende Februar der Gemeindeverwaltung vor. Eine Besprechung der Planung mit der Nachbarschaft erfolgt unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse in der ersten Märzwoche.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat wünscht eine Erläuterung der Mehrkosten durch die beteiligten Planungsbüros. Hierzu soll im Anschluss an die Sitzung des Bauausschusses am 14.03.2017 eine Sitzung des Marktgemeinderates stattfinden; Beginn um 18:30 Uhr. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sitzung entsprechend vorzubereiten. Soweit möglich soll die Förderfähigkeit der Mehrkosten mit der Regierung von Oberfranken bis dahin abgestimmt werden.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

7. Behandlung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts-, und Forstausschusses vom 14.02.2017 (ö.T.)

Vom Inhalt der nachstehenden öffentlichen Tagesordnungspunkte der Niederschrift über die Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses hat der Marktgemeinderat Kenntnis genommen. Er stimmt den Empfehlungen bzw. den ausdrücklich gefassten Beschlussvorschlägen unter Berücksichtigung der vom Marktgemeinderat beschlossenen Ergänzungen vollinhaltlich zu.

7.1 Bauvoranfrage Spielberger Chris, Pettstadt
Bauvorhaben: Neubau einer Werkhalle mit Aufenthaltsräumen
Bauort: Fl.Nr. 3892, Gemarkung Eggolsheim (Außenbereich)

Für den Bereich des früheren „Betonova“-Geländes bei Bammersdorf wird ein Antrag auf Vorbescheid zur Errichtung einer Werkhalle mit Aufenthaltsräumen gestellt. Das Vorhaben wird wie folgt beschrieben:

„Es ist eine Werkhalle mit Lager und Freifläche zum Bau, Erforschung und Instandsetzung von Sonderfahrzeugen und Transportsystemen, alternativen Antriebs- und Energiekonzepten, sowie deren Handel und Vertrieb geplant.

Baukörper und Dimension:

Die Halle wird auf einer Grundfläche von 30m x 24m = 720 m² errichtet. Die Traufhöhe ist mit 6 m und das Dach als flach geneigtes Satteldach als Stahlkonstruktion mit Trapezblechdeckung vorgesehen. Neben der eigentlichen Werkhalle werden noch Lagerräume, ein Aufenthaltsraum mit Küche, Büro, Werkstatt- und Forschungsräume und die erforderlichen sanitären Anlagen geschaffen.

Betriebsumfang:

Der Betrieb besteht aus 2 Angestellten (mögliche Erweiterung auf 5 Mitarbeiter) und dem Betriebsinhaber. Die geplanten Geschäftszeiten sind Werktags von 9.00 - 18.00 Uhr und das Verkehrsaufkommen wird sich voraussichtlich auf max. 10 Fahrzeuge täglich und 1x wöchentlicher Speditionsverkehr begrenzen.

Erschließung:

Das Baugrundstück ist nicht erschlossen.

Die Brauch- und Trinkwasserversorgung erfolgt über den vorhandenen Brunnen und der Aufbereitung des Wassers über eine Pumpspeicheranlage mit einem Umkehrmose-Filtersystem. Die Abwasserbeseitigung wird gemäß den behördlichen Auflagen über einem Abscheider und die Erneuerung der vorhandenen 3-Kammer Klärgrube zur Bio-Kleinkläranlage einschließlich durchströmter Beckenfilter mit entsprechender Größe gewährleistet. Die Überwachung erfolgt durch einen externen Sachverständigen in regelmäßigen Abständen.

Das Regenwasser wird als Löschwasser gespeichert. Überschüssiges Wasser wird über Rigolen versickert oder in den vorhandenen Bachlauf eingespeist.

Die Energieversorgung läuft über eine entsprechend dimensionierte Photovoltaik-Anlage mit Speicher. Spitzenlasten werden mit einer Kraft-Wärme-Kopplung und eines Smart Grid-Systems abgedeckt.

Bitte berücksichtigen Sie ebenfalls das genehmigte Bauvorhaben „Errichtung einer Lagerhalle für LKW und Zwischenlagerung von Schrott“ mit der Vorgangsnummer 20100648 aus dem Jahr 2010. Angesichts der Bestandssituation wird der derzeitig heruntergekommene Schutt- und Mülldeplatz deutlich aufgebessert und die nicht benötigten Freiflächen im westlichen Bereich des Grundstücks renaturiert.

Um Prüfung der folgenden Punkte wird gebeten:

kann eine grundsätzliche Genehmigung des o.g. Bauvorhabens mit der Berücksichtigung der o.g. Punkte in Aussicht gestellt werden?“

Dem Vorbesitzer wurde in diesem Bereich die Errichtung einer Lagerhalle für seinen Schrotthandel genehmigt. Laut Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim liegt das Gelände allerdings im Außenbereich und ist nicht erschlossen. Aus Sicht der Verwaltung sollte in diesem Bereich daher möglichst ein Betrieb mit geringem Verkehrsaufkommen und ohne Bedarf an Aufenthaltsräumen, entsprechend dem zuletzt vorhandenen Lager genehmigt werden.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim verweigert das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben, da sich das Vorhaben im Außenbereich befindet und die Erschließung nicht gesichert ist. Einer zusätzlichen Bebauung über den genehmigten Bestand hinaus kann nicht zugestimmt werden.

Insbesondere kann der dargestellten Zufahrt über den Feld- und Waldweg Fl.Nr. 2889, Gemarkung Eggolsheim nicht zugestimmt werden, da dieser Weg als öffentlicher Feld- und Waldweg gewidmet und nicht ausreichend für Lastverkehr befestigt ist. Außerdem ist der Weg für einen Begegnungsverkehr viel zu schmal ausgebaut.

Ob die dargestellte Nutzung des vorhandenen Brunnens möglich ist, muss dem Gesundheitsamt gegenüber nachgewiesen werden.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

7.2 Bauantrag Markt Eggolsheim

**Bauvorhaben: Dorftreff "Faulenzer" Sanierung und Erweiterung der
"Alten Schule"**

Bauort: Fl.Nr. 154/3 und 154/8, Gemarkung Eggolsheim (Hauptstraße 26)

Für dieses städtebauliche Vorhaben des Marktes Eggolsheim wurde ein Workshop durchgeführt, den die Architekten Lackner & Roth, Fürth für sich entscheiden konnten. Der entsprechende Bauantrag wurde nach ausführlicher Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung und dem „Faulenzerteam“ vorgelegt. Ein Lärmschutzgutachten wird derzeit erstellt und ist voraussichtlich bis Ende Februar abgeschlossen. Sobald dieses vorliegt, erfolgt eine ausführliche Information der beteiligten Nachbarschaft.

Beschlussvorschlag:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gem. § 36 BauGB.
2. Der Erteilung aller erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen der Gestaltungssatzung des Marktes Eggolsheim wird zugestimmt.
3. Eine Regelung hinsichtlich der Folgekosten ist zu erstellen und dem Marktgemeinderat vorzulegen. Weiterhin ist für den Gruppenraum im Obergeschoss ein Nutzungs- und Unterhaltskonzept zu erstellen und dem Marktgemeinderat vorzulegen.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation, hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z. B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 1 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

7.3 Erlass einer Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel Nord-West; Behandlung der Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange, öffentliche Auslegung

Der Erlass dieser Ergänzungssatzung wurde bereits in den Sitzungen des Bauausschusses vom 25.10.2005 sowie des Marktgemeinderates vom 08.11.2005 beschlossen. Die Vereinbarung für das erforderliche Baulandmodell für den Bereich des Grundstücks Fl.Nr. 499 konnte allerdings erst 2016 abgeschlossen werden. Somit kann das Verwaltungsverfahren zum Erlass der Satzung weiterverfolgt werden.

Mit Schreiben vom 22.12.2016 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gebeten, zu dem Vorhaben Stellung zu nehmen. Folgende Stellungnahmen sind dazu eingegangen:

Regierung von Oberfranken (Stellungnahme vom 24.01.2017)

Gegen die Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel-West werden keine Bedenken erhoben.

Landratsamt Forchheim

Untere Naturschutzbehörde, Herr Unterburger (Stellungnahme vom 30.01.2017)

Die Untere Naturschutzbehörde macht folgende Vorschläge:

„Aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege werden keine Einwendungen bzw. Bedenken erhoben. Der überplante Bereich wird grundsätzlich für bebaubar gehalten.

Die Eingriffsbilanzierung ist nicht zu beanstanden.

Mit der Festsetzung der externen Ausgleichsfläche und den darauf vorgesehenen Maßnahmen besteht Einverständnis. Die Karte mit den Ausgleichsmaßnahmen ist textlich zu ergänzen um den Zusatz, dass die Herstellung der Ausgleichsfläche (Obstbaumpflanzung, Ansaat der artenreichen Grünlandmischung, Einbringung der zwei Lesesteinhaufen) bis spätestens ein Jahr nach Rechtskraft der Einbeziehungssatzung vom Markt Eggolsheim durchzuführen ist.

Für den als Ortsrandeingrünung vorgesehenen Bereich ist ein Pflanzgebot nach § 9 (1) Ziffer 25 a BauGB festzusetzen. Dafür wird folgender Text vorgeschlagen:

Entlang der westlichen Grundstücksgrenze der Bauparzellen ist – unter Einhaltung des gesetzlichen Grenzabstands - eine drei-reihige freiwachsende Hecke aus Gehölzen der Liste „Artenauswahl heimische Gehölze“ der Begründung zu pflanzen. Die Pflanzung hat bis spätestens ein Jahr nach Aufnahme der Nutzung des Wohnhauses zu erfolgen.“

Beschluss:

Die Karte mit den Ausgleichsmaßnahmen wird entsprechend dem Vorschlag der UNB textlich ergänzt und die Ortsrandeingrünung mit dem entsprechenden Textvorschlag festgesetzt.

Abstimmung: 11:0

Verkehrsbehörde, Frau Dittrich (Stellungnahme vom 23.01.2017)

Die Verkehrsbehörde stellt folgende Anforderungen an die Verkehrswege:

die Erschließung der geplanten Gebäude ist über den Feldweg vorgesehen. Der Feldweg muss u.a. im Hinblick auf Befahrbarkeit und Sicht den Richtlinien für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt 06) entsprechen. In dem Bereich, der zur Erschließung der geplanten Gebäude dient, muss Begegnungsverkehr möglich sein (RASt 06).

Die Sichtflächen im Bereich der Einmündungen sind einzuhalten. Die Bepflanzungen und Einfriedungen dürfen deshalb nicht höher als 80 cm sein.

Beschluss:

Die Vorgaben der Verkehrsbehörde werden im Rahmen der Unterhaltsmaßnahmen am Weg und an der Eingrünung berücksichtigt.

Abstimmung: 11:0

Umweltschutz, Abfallrecht, Wasserrecht, Frau Vogler (Stellungnahme vom 24.01.2017)

Der Fachbereich 44 Umweltschutz, Abfallrecht und Wasserrecht gibt folgende Anregungen:

„Bodenschutz

Die das Planungsgebiet umfassenden Flurstücke sind im Altlastenkataster des Landkreises Forchheim nicht aufgeführt. Sollten der Gemeinde jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Erkenntnisse vorliegen, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist das Landratsamt Forchheim zu informieren.

Hinweise für den Bauleitplan

Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist das Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage

Für den Schallschutz in der städtebaulichen Planung wird die DIN 18005 Teil 1 (Ausgabe Juli 2002) mit dem zugehörigen Beiblatt 1, nach Maßgabe der Bekanntmachung des BayStMI – Vollzug des Baugesetzbuches und des Bundesimmissionsschutzgesetzes; Berücksichtigung des Schallschutzes im Städtebau vom 3. August 1988 (Nr. II B 8-4641.1-001/87) – zur Anwendung empfohlen. Für die Ermittlung der Schallimmissionen der verschiedenen Arten von Schallquellen wird unter Ziffer 2 dieser DIN 18005 Teil 1 auf einschlägige Rechtsvorschriften und Regelwerke verwiesen.

Aus der Sicht des Immissionsschutzes bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen die Planung.

Aufgrund der in letzter Zeit verstärkt aufgetretenen Lärmbeschwerden über Wärmepumpen wird empfohlen, eine entsprechende Festsetzung mit aufzunehmen:

Festsetzung für die Satzung

Haustechnische Anlagen (z.B. Klimageräte, Abluftführungen, Wärmepumpen) sind so auszulegen, zu installieren und zu betreiben, dass am nächstgelegenen Wohnhaus (jeweils 0,5 m vor dem geöffneten Fenster eines schutzbedürftigen Raumes) ein Teilbeurteilungspegel i.S.d. Nr. 3.2.1 Abs.2 der TA-Lärm von tags (6.00 Uhr – 22.00 Uhr) 54 dB(A) und nachts (22.00 Uhr – 6.00 Uhr) 39 dB(A) nicht überschritten wird.

Der Nachweis über die Einhaltung der genannten Werte obliegt den jeweiligen Betreibern.“

Beschluss:

Der Hinweis auf evtl. Altlastverdachtsflächen wird in die Festsetzungen aufgenommen. Weiterhin wird die vorgeschlagene Festlegung hinsichtlich haustechnischer Anlagen übernommen.

Abstimmung: 11:0

Kreisbaumeister Herr Neuner (Stellungnahme vom 31.01.2017)

Herr Kreisbaumeister Neuner weist auf folgendes hin:

„Die Satzung wird zum einen unter dem Begriff "Ergänzungssatzung Schirnaidel Nord-West", zum anderen unter dem Begriff "Ergänzungssatzung Schirnaidel" geführt.

Die beiden beigefügten Planunterlagen weisen unterschiedliche Geltungsbereiche auf.“

Beschluss:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Maßgebend ist die Planbeilage „Ergänzungssatzung Schirnaidel, Nord-West“.

Abstimmung: 11:0

Bauordnung Herr Heid (Stellungnahme vom 09.01.2017)

Gegen die Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel-West werden keine Bedenken erhoben.

Müllabfuhr, Herr Zenk (Stellungnahme vom 18.01.2017)

Die Müllabfuhr gibt folgende Stellungnahme ab:

„Die Müllbehälter sind an den durchgängig befahrbaren asphaltierten Feldweg Fl.Nr. 5781 bereitzustellen. Separat ausgewiesene Stellplätze sind hier nachzuweisen.“

Beschluss:

Der Hinweis zur Müllabfuhr wird in die Festsetzungen aufgenommen.

Abstimmung: 11:0

Wasserwirtschaftsamt Kronach (Stellungnahme vom 09.01.2017)

Das Wasserwirtschaftsamt nimmt wie folgt Stellung:

„Wasserversorgung, Grundwasserschutz

Mit dem Anschluss des Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Eggolsheim besteht Einverständnis. Wasserschutzgebiete bzw. deren Schutzzonen oder Quellenschutzgebiete sind nicht berührt.

Angaben zu Grundwasserständen liegen dem Wasserwirtschaftsamt nicht vor. Der Schutz vor hohen Grundwasserständen oder drückendem Wasser obliegt dem Unternehmer/Bauherrn.

Gewässerschutz, Abwasser

Mit dem Anschluss des Gebietes an die öffentliche Abwasserbeseitigung über die Mischwasserkanalisation besteht Einverständnis. Hinsichtlich der Niederschlagswasserbeseitigung ist das DWA-Merkblatt M 153 (Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser) und A 138 (Versickerung von Niederschlagswasser) zu beachten und ggf. ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen.

Gewässerentwicklung, Überschwemmungsgebiet

Das Bebauungsangebiet liegt außerhalb von festgesetzten oder faktischen Überschwemmungsgebieten. Wassersensible Bereiche sind ebenfalls nicht berührt.

Nicht geprüft wurde Gefährdung des Gebietes hinsichtlich oberflächlich abfließenden Niederschlagswasser.

Altlasten, Deponien

Es wird empfohlen, eine Anfrage bezüglich eventueller Altlastenverdachtsflächen im Geltungsbereich der Bauleitplanung beim Landratsamt Forchheim vorzunehmen, sofern noch nicht geschehen.

Sollten bei Erschließungs- und Baumaßnahmen Anzeichen gefunden werden, die auf einen Altlastenverdacht (Verdacht auf Altlasten, schädliche Bodenveränderungen, Grundwasserverunreinigungen) schließen lassen, ist das Landratsamt umgehend zu informieren. Weiterhin wäre bei Altlastenverdacht die Einbindung eines privaten Sachverständigen nach § 18 BBodSchG angezeigt.“

Beschluss:

Die Hinweise zur Niederschlagswasserbeseitigung und zum Grundwasserschutz werden in den Festsetzungen aufgenommen. Die Hinweise zu Altlasten wurden bereits bei den oben behandelten Stellungnahmen des Landratsamtes zur Übernahme beschlossen.

Abstimmung: 11:0

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (Stellungnahme vom 25.01.2017)

Bodendenkmalpflegerische Belange:

Nach unserem bisherigen Kenntnisstand besteht gegen die oben genannte Planung von Seiten der Bodendenkmalpflege kein Einwand. Wir weisen jedoch darauf hin, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder die Untere Denkmalschutzbehörde gemäß Art. 8 Abs. 1-2 DSchG unterliegen.

Art. 8 Abs. 1 DSchG:

Wer Bodendenkmäler auffindet ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, aufgrund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG:

Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Die Untere Denkmalschutzbehörde erhält einen Abdruck dieses Schreibens mit der Bitte um Kenntnisnahme. Für allgemeine Rückfragen zur Beteiligung des BLfD im Rahmen der Bauleitplanung stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Fragen, die konkrete Belange der Bau- und Kunstdenkmalpflege oder Bodendenkmalpflege betreffen, richten Sie ggf. direkt an den für Sie zuständigen Gebietsreferenten der Praktischen Denkmalpflege (www.blfd.bayern.de).“

Beschluss:

Die Vorgaben zu Bodendenkmälern werden in die Festsetzungen aufgenommen.

Abstimmung: 11:0

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bamberg (Stellungnahme vom 11.01.2017)

Das Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten, Bamberg gibt folgende Stellungnahme ab:

„es bestehen seitens des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bamberg (Bereich Landwirtschaft) keine Bedenken gegen die vorgelegte Ergänzungssatzung „Schirnaidel-West“. Auch mit der Auswahl der Ausgleichsfläche besteht unsererseits Einverständnis. Es wird aber

darauf hingewiesen, dass es auch bei ordnungsgemäßer Nutzung der angrenzenden landwirtschaftlichen Acker- und Wiesenflächen, zu gelegentlichen Emissionen (Geruch, Staub, Lärm) kommen kann. Diese sind von den künftigen Anwohnern hinzunehmen.

Beschluss:

Der Hinweis zu gelegentlichen Emissionen aus der Landwirtschaft wird in die Festsetzungen aufgenommen.

Abstimmung: 11:0

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Außenstelle Scheßlitz
(Stellungnahme vom 17.01.2017)

Gegen die Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel-West werden keine Bedenken erhoben.

„Von der Ergänzungssatzung Schirnaidel-West ist Wald nicht betroffen“

Bayerischer Bauernverband (Stellungnahme vom 13.01.2017)

Der Bayerische Bauernverband nimmt wie folgt Stellung:

„Aus Sicht der Landwirtschaft bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die Planung. Rein vorsorglich weisen wir darauf hin, dass an das Planungsgebiet landwirtschaftliche Nutzflächen angrenzen. Mit Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen aus der Bewirtschaftung dieser Flächen ist auch nachts, am Wochenende und an Feiertagen zu rechnen.“

Beschluss:

Auf die entsprechende Beschlussfassung zur Stellungnahme des Amtes für Landwirtschaft wird verwiesen. Dabei wurde die Aufnahme eines Hinweises zu evtl. Emissionen aus der Landwirtschaft beschlossen.

Abstimmung: 11:0

Zweckverband zur Wasserversorgung der Eggolsheimer Gruppe (Stellungnahme vom 09.01.2017)

Gegen die Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel-West werden keine Bedenken erhoben.

Bayernwerk AG, Bamberg (Stellungnahme vom 09.01.2017)

Die Bayernwerk AG gibt folgende Stellungnahme ab:

„In dem von Ihnen überplanten Bereich befinden sich Versorgungseinrichtungen der Bayernwerk AG.“

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Zur elektrischen Versorgung des geplanten Gebietes sind Niederspannungskabel erforderlich. Eine Kabelverlegung ist in der Regel nur in Gehwegen, Versorgungstreifen, Begleitstreifen oder Grünstreifen ohne Baumbestand möglich.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Versorgungsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbausträger und anderer Versorgungsträger ist es notwendig, dass der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich frühzeitig (mindestens 3 Monate) vor Baubeginn der Bayernwerk AG schriftlich mitgeteilt wird. Nach § 123 BauGB sind die Gehwege und Erschließungsstraßen soweit herzustellen, dass Erdkabel in der endgültigen Trasse verlegt werden können.

Wir weisen darauf hin, dass die Trassen unterirdischer Versorgungsleitungen von Bepflanzung freizuhalten sind, da sonst die Betriebssicherheit und Reparaturmöglichkeit eingeschränkt werden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher dürfen aus Gründen des Baumschutzes (DIN 18920) bis zu einem Abstand von 2,5 m zur Trassenachse gepflanzt werden.

Wird dieser Abstand unterschritten, so sind im Einvernehmen mit der Bayernwerk AG geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen.

Beachten Sie bitte die Hinweise im "Merkblatt über Baumstandorte und elektrische Versorgungsleitungen und Entsorgungsleitungen", herausgegeben von der Forschungsanstalt für Straßenbau und Verkehrswesen bzw. die DVGW-Richtlinie GW125.

Hinsichtlich der in den angegebenen Schutzzonenbereichen bzw. Schutzstreifen bestehenden Bau- und Bepflanzungsbeschränkung machen wir darauf aufmerksam, dass Pläne für Bau- und Bepflanzungsvorhaben jeder Art uns rechtzeitig zur Stellungnahme vorzulegen sind. Dies gilt insbesondere für Straßen- und Wegebaumaßnahmen, Ver- und Entsorgungsleitungen, Kiesabbau, Aufschüttungen, Freizeit- und Sportanlagen, Bade- und Fischgewässer und Aufforstungen.

Nähere Auskünfte über Sicherheitsvorschriften und Einweisungen in bestehende Versorgungsanlagen (vor Baubeginn zwingend erforderlich) erteilt Ihnen gerne unsere Planauskunft im Netzcenter Bamberg unter Telefon: 0951/30932-0 o. [E-Mail: Planauskunft-Bamberg@bayernwerk.de](mailto:Planauskunft-Bamberg@bayernwerk.de). Sofern erforderlich, übernimmt der zuständige Servicetechniker nach einer Terminabsprache die örtliche Einweisung und bespricht ggf. weitere Maßnahmen zur Sicherung der Anlagen.

Des Weiteren bitten wir Sie, uns auch weiterhin an der Aufstellung [bzw. an](#) Änderungen von Flächennutzungsplänen und weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.“

Beschluss:

Die Hinweise des Bayernwerks zur Versorgung des Gebietes mit Elektrizität werden zur Kenntnis genommen und bei den weiteren Erschließungsplanungen berücksichtigt.

Abstimmung: 11:0

Gegen die Ergänzungssatzung für den Bereich Schirnaidel-West werden keine Bedenken erhoben.

Beschlussvorschlag zum Verfahren:

Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossenen Ergänzungen in die Satzung aufzunehmen und die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Auslegung und die Beschlussfassung zu ihren Stellungnahmen zu unterrichten.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

8. Änderung des Regionalplans Oberfranken-West; Fortschreibung des Ziels B II 3.1.3 Nachfolgefunktionen

Mit Schreiben vom 19.12.2016 wurden die beteiligten Gebietskörperschaften vom regionalen Planungsverband Oberfranken-West über das Anhörungsverfahren zur Fortschreibung des Regionalplans für das im Betreff genannte Ziel informiert. Die Begründung zur Änderung des Ziels „B II 3.1 Gewinnung, Sicherung und Erkundung von Bodenschätzen, Nachfolgefunktionen“ lautet wie folgt:

„Gemäß Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 und Art. 14 Abs. 6 Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLplG) ist es Aufgabe der Landesplanung, ihre Raumordnungspläne bei Bedarf fortzuschreiben. Diese Aufgabe obliegt, soweit es die Regionalpläne betrifft, gemäß Art. 8 Abs. 1 und Art. 22 Abs. 1 BayLplG den Regionalen Planungsverbänden.

Das Kapitel B IV 3.1 - nach der im Jahr 2011 in Kraft getretenen neuen Gliederung jetzt Kapitel B II 3.1 "Gewinnung, Sicherung und Erkundung von Bodenschätzen" - wurde in den Jahren 1998 — 2005 letztmals umfassend fortgeschrieben und ist am 01.05.2006 in Kraft getreten (Oberfränkisches Amtsblatt Nr. 4/2006 vom 21.04.2006, S. 44ff). Inhalte dieses Kapitels sind, neben der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Rohstoffsicherung, auch Festlegungen von Nachfolgenutzungen für die einzelnen Vorranggebiete. Nach Ziel B II 3.1.3 des Regionalplans sollen die abgebauten Flächen wenn möglich wieder der vorherigen Nutzung zugeführt und entsprechend rekultiviert werden. Sofern dies nicht möglich ist, soll für jedes Vorranggebiet auf unterschiedliche, im Regionalplanziel B II 3.1.3 bestimmte Nachfolgenutzungen hingewirkt werden.

Folgende Nachfolgenutzungen sind im Regionalplan vorgesehen: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Ökologische Ausgleichsfläche/Biotop, Sportfischerei und Erholung. Für jedes Vorranggebiet können eine oder mehrere Nachfolgenutzungen mit deutlicher räumlicher Trennung festgelegt werden.

Wegen der Beschaffenheit und der Menge des Auffüllmaterials oder der Priorität anderer Nutzungen können und sollen nicht alle Abbaugelände wiederverfüllt und ihrer ursprünglichen land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. Deshalb sind im Regionalplan für die Vorranggebiete Folgenutzungen vorgesehen, die in hohem Maße ökologische Belange berücksichtigen. Ehemalige Abbaugelände können wertvolle Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten oder Trittsteine im Sinne eines Biotopverbundsystems sein.

Seit der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers "Anforderungen an die Verfüllung von Gruben und Brüchen" vom 21.06.2001 (Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und Bayerischer Industrieverband Steine und Erden e. V.) wurde die Verfüllung von Abbaustellen im Grundwasser (Sand, Kies und Steine) bis auf wenige darin beschriebene Ausnahmen grundsätzlich nicht mehr erlaubt. Die Berücksichtigung ökologischer Belange hat in diesem Zusammenhang bei der Festlegung der Nachfolgenutzungen in den Regionalplänen an Bedeutung gewonnen.

Der Bezirksfischereiverband Oberfranken e. V. hat mit Schreiben vom 23.09.2014 die Änderung des Regionalplanziels B II 3.1.3 beantragt. Ziel dieses Antrages ist es, ein Verbot der Fischerei in wasserrechtlichen Genehmigungen für Abbauvorhaben auf Grundlage regionalplanerischer Ziele grundsätzlich zu verhindern. Entsprechende Festsetzungen in Genehmigungsbescheiden leiten sich nach Auffassung des Bezirksfischereiverbandes aus der Festlegung anderer Nachfolgenutzungen im Regionalplan, insbesondere der Nachfolgenutzung "Ökologische Ausgleichsfläche/Biotop" ab.

Er ist der Auffassung, dass die Fischerei als ökologische Nutzung eines Gewässers anzusehen ist und in Anwendung der Fachgesetze (BayFiG, BNatSchG, BayNatSchG) in konkreten Situationen ein Ausgleich mit anderen naturschutzfachlichen Interessen und Ziele gefunden werden kann. Die fischereilichen Belange sollen damit den naturschutzrechtlichen Belangen auf Ebene der Regionalplanung gleichgestellt werden. In seinem Antrag führt der Verband unter anderem aus, dass die Fischerei nach den Regeln der guten fachlichen Praxis einen besonderen Aspekt des Naturschutzes darstelle und ihm nicht widerspreche. Nicht zuletzt entstünden Fischereirechte kraft Gesetz (Art. 3 BayFiG) und seien grundrechtlich geschütztes Eigentum.

Regionalplanungsrecht könne nicht im Widerspruch zu höherrangigen Gesetzen im formellen Sinne entstehen.

Der Verband will letztlich das Ziel um folgenden Satz ergänzen: "Die ökologische Nutzung umfasst Zwecke des Naturschutzes sowie bei Gewässern auch die Ausübung der Fischerei nach Maßgabe des Fischereigesetzes." Außerdem wird die Streichung der Nachfolgenutzung "Sportfischerei" vorgeschlagen.

Der Regionale Planungsverband Oberfranken-West hat den Antrag des Bezirksfischereiverbandes in seiner Sitzung am 10.02.2015 behandelt und den Beschluss gefasst, das Ziel B II 3.1.3 (neu) Nachfolgenutzungen fortzuschreiben.

Die Regionalpläne sind aus dem Landesentwicklungsprogramm (LEP) zu entwickeln (Art. 21 BayLplIG). Laut Ziel 5.2.2 LEP sind für die Vorranggebiete für Bodenschätze in den Regionalplänen Folgefunktionen festzulegen. In der Begründung zum Ziel wird ausgeführt, dass die mit dem Abbau einhergehenden unvermeidbaren Beeinträchtigungen nach dem erfolgten Rohstoffabbau soweit möglich beseitigt werden sollen. Zu den hierfür geeigneten Rekultivierungsmaßnahmen gehören die Rückführung der Flächen in die land- und forstwirtschaftliche Nutzung, die Bereicherung des Landschaftsbildes und die Schaffung neuer Lebensräume für Pflanzen und Tiere sowie die Schaffung von Erholungsräumen. Als Folgefunktionen kommen insbesondere Land- und Forstwirtschaft, Biotopentwicklung sowie Erholung in Frage.

Der Antrag des Bezirksfischereiverbandes Oberfranken wird zum Anlass genommen, Ziel B II 3.1.3 an das LEP 2013 anzupassen. Hierzu gehört insbesondere die Formulierung des Ziels entsprechend Art. 2 Nr. 1 BayLplIG. Demnach sind Ziele der Raumordnung (Z) "verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen [...] textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums."

Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung der verbindlichen Nachfolgenutzungen in den Vorranggebieten insgesamt und die Anpassung der Begriffe "Nachfolgenutzung" (künftig "Nachfolgefunktion"), "ökologische Ausgleichsfläche/Biotop" (künftig "Biotopentwicklung") und "Forstwirtschaft" (künftig "Forstwirtschaft/Wald").

Die "Sportfischerei" ist per se keine Funktion bzw. Aufgabe zur Steuerung des Freiraumschutzes. Deshalb entfällt diese Nutzung aus dem Ziel B II 3.1.3 des Regionalplans. Damit wird auch dem Antrag des Bezirksfischereiverbandes entsprochen.

Der Antrag, das Ziel um einen weiteren Satz zu ergänzen, wird sinngemäß in der Begründung zum Regionalplanziel berücksichtigt, indem hier auf die grundsätzlich bestehende Verpflichtung zur Hege, auch bei einer Biotopentwicklung, hingewiesen wird (Art. 1 Bayerisches Fischereigesetz - BayFiG).“

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erhebt keine Einwendungen gegen die Änderung des Regionalplans Oberfranken-West hinsichtlich des Ziels B II 3.1.3 Nachfolgefunktionen.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

9. Abschluss einer Vereinbarung mit der Autobahndirektion Nordbayern im Zusammenhang mit dem Neubau des Radweges entlang der Bahnhofstraße

Im Zusammenhang mit dem Neubau des Radweges entlang der Bahnhofstraße ist es erforderlich, den Bereich der Autobahnbrücke an die Radwegeverbindung anzupassen. Der Umbau der Brücke für die Radwegenutzung erfolgt im Zusammenhang mit der ohnehin vorgesehenen Sanierung der Autobahnbrücke durch die Autobahndirektion Nordbayern. Die erforderliche Durchführungsvereinbarung zwischen der Autobahndirektion und dem Markt Eggolsheim wurde von der Autobahndirektion vorgelegt.

Demnach wird der Markt Eggolsheim an der Sanierung der Radwegefläche (ca. 550 qm) und der Erhöhung des nördlichen Geländers beteiligt. Die geschätzte Kostenbeteiligung des Marktes Eggolsheim beträgt ca. 13.000,00 €. Für die Abwicklung der Maßnahme werden 5% Verwaltungskostenpauschale auf den Anteil der Gemeinde erhoben.

Die Brückensanierung soll möglichst in den Sommerferien 2017 erfolgen, damit der ÖPNV wenig beeinträchtigt wird. Die entstehenden Kosten wurden bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten berücksichtigt.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat billigt den Abschluss der Vereinbarung mit der Autobahndirektion Nordbayern. 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann wird im Rahmen des im Betreff bezeichneten Projektes zum rechtsverbindlichen Abschluss der Vereinbarung mit der Autobahndirektion ermächtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

10. Abschluss einer Vereinbarung mit dem Landkreis Forchheim hinsichtlich des Neubaus eines Radweges entlang der Bahnhofstraße mit Querungshilfe im Bereich der Kreisstraße FO 4

Im Zusammenhang mit dem Neubau des Radweges entlang der Bahnhofstraße, ist es erforderlich, eine sichere Querung der Kreisstraße Fo 4 zu ermöglichen. Dazu sind der Neubau einer Querungshilfe (einschl. Beleuchtung) und die Aufweitung der Kreuzung der FO 4 für Linksabbieger erforderlich.

Der Bauausführung liegt der mit dem Landkreis, dem Staatlichen Bauamt Bamberg und der Regierung von Oberfranken abgestimmte Bauentwurf vom November 2016 zugrunde.

Im Einzelnen sind folgende Arbeiten / Maßnahmen vorgesehen (Auflistung stichpunktartig):

- a) GVS: Neubau eines kombinierten Geh- und Radweges zwischen Eggolsheim und der Bahnhofsiedlung Eggolsheim (nicht Bestandteil dieser Vereinbarung)
- b) KrFO 4: Errichtung einer Querungshilfe im Kreuzungsbereich der Kreisstraße FO 4
- c) KrFO 4: Beleuchtung der Querungshilfe
- d) KrFO 4: Aufweitung der Kreisstraße für den Linksabbiegeverkehr zur Bahnhofsiedlung

Die Kosten für diese Maßnahme im Bereich der Kreisstraße wurden vom Ingenieurbüro Sauer & Harrer auf 113.000 € geschätzt. Diese Kosten werden anteilig nach den Fahrbahnbreiten der an der Kreuzung beteiligten Straßenäste geteilt. Maßgebend sind jeweils die nach der Änderung vorhandenen Breiten. Dadurch ergibt sich gemäß Anlage 3 der Vereinbarung folgende Kostenteilung:

- Markt Eggolsheim: 57 %
- Landkreis Forchheim: 43 %

Die anteilige staatliche Förderung wird bei der Abrechnung berücksichtigt. Für die Abwicklung der Maßnahme werden 5% Verwaltungskostenpauschale auf den Anteil des Landkreises erhoben.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat billigt den Abschluss der Vereinbarung mit dem Landkreis Forchheim.

1. Bürgermeister Claus Schwarzmann wird im Rahmen des im Betreff bezeichneten Projektes zum rechtsverbindlichen Abschluss der Vereinbarung mit dem Landkreis Forchheim ermächtigt.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

11. Beteiligung am Bebauungsplanverfahren der Nachbargemeinde Weilersbach Scoping und frühzeitige Beteiligung zur Aufstellung des Bebauungsplanes " Im oberen Eylein"

Mit Schreiben vom 09.02.2017 beteiligt die Weyrauther Ingenieurgesellschaft im Auftrag der Nachbargemeinde Weilersbach den Markt Eggolsheim an der Aufstellung des Bebauungsplanes mit integriertem Grünordnungsplan „Im Oberen Eylein“. Das Gebiet befindet sich zwischen der Forchheimer Straße, der Kapellenstraße und der B 470 und ist bisher dominiert von Acker- und

Grünlandflächen. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Weilersbach entwickelt. Belange des Marktes Eggolsheim sind nicht berührt.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erhebt keine Einwendungen gegen die vorgelegte Bauleitplanung der Nachbargemeinde Weilersbach für den Bereich „Im Oberen Eylein“.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

12. Geplantes Naturschutzgebiet "Auenlandschaft Büg bei Eggolsheim"

Mit Schreiben vom 21.12.2016 legt die Regierung von Oberfranken den Verordnungsentwurf für das geplante Naturschutzgebiet „Auenlandschaft Büg bei Eggolsheim“ vor, mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 28.02.2017. Es ist beabsichtigt, die bestehende Verordnung des Naturschutzgebietes „Büg bei Eggolsheim“ durch eine neue Verordnung „Naturschutzgebiet Auenlandschaft Büg bei Eggolsheim“ zu ersetzen. Die geplante neue Verordnung sieht eine deutliche Vergrößerung des Naturschutzgebietes vor. Herausgenommen wird dagegen die zwischenzeitlich überbaute Fläche im Bereich des Lidl Logistikzentrums.

Das künftige Schutzgebiet hat eine Größe von ca. 115,7 ha und umfasst das FFH-Gebiet „Büg bei Eggolsheim“ und eine Teilfläche des Europäischen Vogelschutzgebietes „Regnitz- und unteres Wiesental“. Die Erweiterung betrifft insbesondere die Bereiche des genehmigten Kies- und Sandabbaus der Firmen Roth und Dormann sowie den Regnitzaltarm nördlich des Abbaubereiches der Firma Dormann. Ausgenommen ist der im Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim dargestellte Gewerbebereich entlang der Staatsstraße 2244.

Der Verordnungsentwurf wurde im Vorfeld mit den betroffenen Abbaubetrieben und dem Markt Eggolsheim abgestimmt. Unter § 5 Ausnahmen ist in den Ziffern 8 bis 11 der Betrieb der Firma Dormann zugelassen, ebenso die Nutzung der dargestellten Schiffsanlegestelle und des Umschlagsplatzes sowie der Wartungsstraße, somit alle Anlagen und Nutzungen, die mit verschiedenen Bescheiden des Landratsamtes Forchheim genehmigt sind. Weiterhin sind in den Ausnahmen aufgenommen, die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie die rechtmäßige Ausübung der Fischerei, im bisherigen Umfang in den Gemarkungen Pautzfeld und Forchheim gelegenen Altwässern sowie im Bereich des Ölhafens, die Ausübung der Angelfischerei jedoch nur in dem in der Gemarkung Pautzfeld liegenden Altwasser sowie im Ölhafen, jeweils im Bereich der auf der Karte dargestellten Markierung.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim begrüßt die Erweiterung des Naturschutzgebietes entsprechend dem vorgelegten Verordnungsentwurf. Grundsätzliche Einwendungen werden nicht erhoben; ein Erlebniskonzept bzw. Wegeleitsystem für interessierte Bürger mit den zuständigen Fachstellen, dem Gebietsbetreuer, der örtlichen Naturschutzverbände und der Ortsgruppe des Fränkische-Schweiz-Vereins muss jedoch umgehend entwickelt werden.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

13. Standesamt Eggolsheim; Bestellung eines weiteren Standesbeamten und stv. Leiter des Standesamtes

Der Verwaltungsangestellte Holger Arneth ist zum Jahresende 2016 ausgeschieden. Dieser war auch zum Standesbeamten und stv. Leiter des Standesamtes Eggolsheim bestellt. Um die Besetzung des Standesamtes auch künftig zu gewährleisten, ist die Bestellung eines weiteren Standesbeamten erforderlich. Als Nachfolger für den aufrückenden Mitarbeiter Stefan Loch wird zum 01.04.2017 der Verwaltungsangestellte Oliver Eppenauer als Leiter des Bürgerbüros eingestellt.

Herr Eppenauer ist bei der Stadt Ebermannstadt langjährig als Standesbeamter tätig. Die Voraussetzungen einer Bestellung zum Standesbeamten und stellvertretenden Standesamtsleiter sind gegeben (AL II, Grundseminar, Einarbeitung).

Beschluss:

Der Marktgemeinderat bestellt auf jederzeitigen Widerruf Herrn Oliver Eppenauer mit Wirkung vom 01.04.2017 zum Standesbeamten und stellvertretenden Leiter des Standesamtes Eggolsheim.

Das Erlöschen der Ernennung von Herrn Holger Arneth zum Standesbeamten und stellvertretenden Leiter des Standesamtes Eggolsheim zum 31.12.2016 wird festgestellt.

Einstimmig beschlossen Ja 14 Nein 0 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

14. Wünsche und Anfragen

14.1 Flussparadies Franken - Beteiligung am Projekt "Internationale Kunstmeile am Main-Donau-Kanal"

Mit Schreiben vom 07.02.2017 wurde dem Markt Eggolsheim das Projekt „Kunstmeile am Main-Donau-Kanal“ vorgestellt. Dieses wurde vom Flussparadies Franken e.V. zusammen mit dem „International Sculpture Network“ initiiert. Geplant ist, dass das Projekt über den Landkreis Bamberg hinaus auch die Gemeinden der ILE-Regnitz-Aisch umfassen soll.

Zu dem Projekt werden acht europäische Künstlerinnen und Künstler eingeladen, die eine Woche lang vor Ort zusammen mit Jugendlichen Skulpturenideen entwerfen. Diese sind als Kunstobjekte entlang des Main-Donau-Kanals gedacht und werden im Rahmen eines Aktionstages der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel ist die Entstehung eines Skulpturenweges entlang des Regnitz-Radweges.

Finanziert werden soll das Projekt aus Mitteln des Kulturfonds Bayern, Spenden, Sponsorengeldern und auch der Oberfrankenstiftung. Zudem wird die Unterstützung der Kommunen benötigt, um das Projekt stemmen zu können. Diese würden wiederum von der überregionalen Aufmerksamkeit des Projektes profitieren. Vorgesehen ist die Beteiligung von sieben Kommunen (Altendorf, Buttenheim, Eggolsheim, Hallerndorf, Hirschaid, Pettstadt und Strullendorf) mit je 1.000 €.

Beschluss:

Der Marktgemeinderat befürwortet die Unterstützung des Projekts „Kunstmeile am Main-Donau-Kanal“ und wird dem Flussparadies Franken e.V. eine Beteiligung in Höhe von 1.000 € in Aussicht stellen. Bedingung ist eine mehrheitliche Beteiligung der Kommunen und eine gesicherte Finanzierung der übrigen Kosten.

Mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 1 Anwesend 14 Persönlich beteiligt 0

14.2 Vertrag des Marktes Eggolsheim zur Plakatierung im Gemeindegebiet

Aus dem Marktgemeinderat wird angeregt, die Vertraglichen Vereinbarungen mit der Fa. Pato Concept in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern, um ggf. eine Aufstockung des vorhandenen Kontingentes zu beschließen.

Zur Kenntnis genommen

Mit Dank für die gute Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann um 20:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates.

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

gez.
Claus Schwarzmann
Erster Bürgermeister

gez.
Stefan Loch
Schriftführung